

Zeitenwende auch beim Bürokratieabbau

Veröffentlicht: 13. Juni 2024 auf LinkedIn

<https://www.linkedin.com/pulse/zeitenwende-auch-beim-b%C3%BCrokratieabbau-uwe-schroeder-wildberg-otfbe>

„Europa hat gewählt – und noch müssen sich die neuen Kräfteverhältnisse in der Europäischen Union ordnen. Wie immer die neue EU-Kommission aussehen und wer immer sie führen wird, eine Aufgabe sollte nach meiner Meinung ganz oben im Pflichtenheft stehen: der Kampf gegen die überbordende Bürokratie. Hier wird es höchste Zeit für eine echte Zeitenwende. Denn in dieser Hinsicht besteht mehr denn je akuter Handlungsbedarf.“

DR. UWE SCHROEDER-WILDBERG
Vorstandsvorsitzender der MLP SE



Europa hat gewählt – und noch müssen sich die neuen Kräfteverhältnisse in der Europäischen Union ordnen. Wie immer die neue EU-Kommission aussehen und wer immer sie führen wird, eine Aufgabe sollte nach meiner Meinung ganz oben im Pflichtenheft stehen: der Kampf gegen die überbordende Bürokratie. Hier wird es höchste Zeit für eine echte Zeitenwende. Denn in dieser Hinsicht besteht mehr denn je akuter Handlungsbedarf.

Legislation nach der Formel „One in, one out“, der zufolge für jedes neue ein altes Gesetz wegfallen soll, ein Entlastungspaket für den Mittelstand und zuletzt die Ankündigung, die Berichtspflichten für Unternehmen um 25 Prozent senken zu wollen – die amtierende Kommissionspräsidentin hatte sich viel vorgenommen, aber davon noch zu wenig liefern können. Manches stand sogar im Zeichen weitreichender neuer Regulierungen, die teilweise massiv in das Geschäft von Unternehmen und in das Leben der Bürgerinnen und Bürger eingreifen. Stichwort: Lieferkettenverordnung oder Gebäude-Sanierungszwang.

Wettbewerbsfähigkeit unter Druck

Es besteht kein Zweifel, dass die schwindende Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft gegenüber den USA und China auch mit dem immer dichteren Dschungel an Vorschriften zu tun hat, die Unternehmen, Selbstständige und Bürger zu erfüllen haben. Nicht alles ist der EU anzulasten; auch Bund, Länder und Gemeinden langen noch immer kräftig hin, wenn es darum geht, nahezu alle Lebensbereiche zu regulieren. Aber in vielen Fällen liefern die umfangreichen Richtlinien der EU zumindest die Grundlage, die dann in nationales Recht umgewandelt werden muss. Immerhin hat die Berliner Ampelkoalition in diesem Jahr das vierte Bürokratienteilungsgesetz für Wirtschaft, Bürger, Justiz und Verwaltung auf den Weg gebracht, auch wenn es nach Meinung zahlreicher Sachverständiger nicht weit genug geht.

Was also sollte die künftige EU-Kommission tun? Sie müsste den Bürokratieabbau mit hoher Priorität und mit der gleichen Ernsthaftigkeit angehen, mit der sie sich Umwelt- und Klimazielen verschrieben hat. Denn die sinkende Investitionsbereitschaft der Unternehmen, die Lähmung einer lebendigen Gründerkultur und die finanzielle Überforderung der Bürgerinnen und Bürger sind nicht nur wirtschaftlich für den Standort Europa verheerend, sie bergen auch erheblichen politischen Sprengstoff. Das Wahlergebnis hat dies klar gezeigt.

Leitlinien für eine Bürokratie-Schlankheitskur

Wichtig wäre, dass sich die Entscheidungsträger in Parlament, Kommission und Verwaltung bei der Bürokratie-Schlankheitskur von ein paar Prinzipien leiten lassen:

- Nicht alles, was nicht reguliert ist, ist der Anarchie preisgegeben. Regelwut entsteht nicht selten aus der pessimistischen Annahme, dass Menschen sich ansonsten nicht rechtskonform, gleichsam anständig verhalten würden. Die EU sollte ihren Bürgern mehr Vertrauen schenken. Oft regelt es auch der Markt, natürlich mit sozialem Ausgleich – die Politik bekennt sich (zumindest in Teilen) ja auch immer wieder dazu.
- Nicht alles, was reguliert werden kann, zahlt auch wirklich auf das Regulierungsziel ein. Braucht es wirklich noch diese oder jene Berichtspflicht? Stehen Aufwand und Erkenntnisgewinn in einem akzeptablen Verhältnis? Kann man die Effekte aus einer Regulierung objektiv messen oder bleibt es bei der bloßen Annahme, sie werde schon ihre positive Wirkung entfalten? Die Kommission sollte mehr Respekt davor haben, dass jede Vorschrift Unternehmen und Bürger immer auch Geld und Zeit kostet.
- Was bereits reguliert ist, muss nicht ein zweites Mal reguliert werden. Eines der größten Bürokratie-Ungetüme der vergangenen Jahre ist die ESG-Taxonomie der EU, die einer Weltvermessung für die Nachhaltigkeit wirtschaftlichen Handelns gleicht. Braucht es aber wirklich ein detailliertes Pflichtenheft für die Kriterien S (Social) und G (Governance), wenn doch bereits umfangreiche Regulierungen durch Sozial-, Mitbestimmungs- und Schutzgesetze oder durch etablierte Regelwerke wie etwa den „Deutschen Corporate Governance Kodex“ bestehen?

Das Zurückdrängen des Bürokratedickichts ist einer der wichtigsten Ansatzpunkte, um die wirtschaftliche Dynamik in der EU wieder anzukurbeln. Dies wäre auch ein Hebel, um das Misstrauen der Bürgerinnen und Bürger gegen den alles bestimmenden „Moloch Brüssel“ abzubauen. Ich kann deshalb – gerade als überzeugter Europäer – nur hoffen, dass Parlament und Kommission in der neuen Legislaturperiode den Ankündigungen diesmal mehr Taten folgen lassen.